

Umverteilung

Protest und Widerstand kosten Geld. Das ist hierzulande so, erst recht jedoch in Afrika.

Zum Beispiel müssen Fahrtkosten kollektiv getragen werden, da viele AktivistInnen nicht das nötige Kleingeld haben, um sich in einer Millionenmetropole wie Bamako von A nach B zu bewegen. Oder mediale Berichterstattung: Diese erfolgt vielerorts gegen Bezahlung, quasi als Eigenbeteiligung an der Aufrechterhaltung des journalistischen Betriebs. Da es zudem für Basisinitiativen so gut wie unmöglich ist, Anträge bei Stiftungen zu stellen oder gar Spenden zu sammeln, unterstützen wir als europäische Sektion von Afrique-Europe-Interact die politischen Aktivitäten unserer MitstreiterInnen in Afrika – ganz gleich, ob es sich um Demonstrationen, Konferenzen oder interne Vernetzungstreffen handelt. Nicht weniger grundlegend ist das individuelle Überleben unserer (politischen) FreundInnen, weshalb auch ökonomische Projekte einzelner Basisinitiativen finanziell unterstützt werden – zuletzt etwa die Einrichtung eines Gemüsegartens durch die „Assoziation der Abgeschobenen Togos“ in Sokodé sowie die Anschaffung einer Getreidemühle durch ein Frauenkollektiv im Office du Niger in Mali. Und doch: So plausibel all dies sein mag, für die meisten der Kosten können wir keinerlei Anträge stellen: Erstens, weil politischer Basisaktivismus in Afrika vergleichsweise selten zum Förderzweck von Stiftungen gehört. Zweitens, weil es für viele Stiftungen nicht möglich ist, politische Aktivitäten in undemokratischen oder instabilen Ländern zu fördern, was de facto auf sämtliche Länder in Afrika zutrifft, in denen unser Netzwerk zu Gange ist. Drittens, weil ausgerechnet Proteste von Flüchtlingen an den Außengrenzen der Festung Europa oftmals durch sämtliche Roste fallen, denn weder erfüllen sie das Kriterium der inlandsbezogenen Migrationsarbeit, noch gelten sie als Entwicklungspolitik. Und viertens, weil unsere finanzielle Unterstützung einzelner Gruppen zu geringfügig ist, um überhaupt unter die Rubrik der Entwicklungspolitik zu fallen. Viele dieser Kriterien sind veraltet und starr, manche spiegeln auch ein auf bloße Hilfe fixiertes Verständnis von Kooperation wider. Das ist der Grund, weshalb wir dringend auf steuerlich absetzbare Spenden angewiesen sind. Dafür garantieren wir, dass das Geld zu 100 Prozent in unsere konkrete Arbeit fließt, denn wir sind ausschließlich ehrenamtlich und ohne bezahlte Infrastruktur aktiv. (→ S. 4)

Noch immer stecken 400 Kriegsflüchtlinge aus Libyen im Wüstenlager Choucha in Tunesien fest. Für viele ist die gefährliche Bootspassage nach Europa der einzige Ausweg. Wir fordern daher ihre sofortige Aufnahme in Deutschland. Infos zur Kampagne → Seite 4



Von über 20.000 Kriegsflüchtlingen aus Libyen sind rund 400 im Wüstenlager Choucha in Tunesien übriggeblieben, die meisten aus Subsahara-Afrika: [Foto: Alessandro Vecchi]

Konsequenzen aus Lampedusa

Fluchtwege öffnen, neokoloniale Zerstörung beenden

Der Widerspruch könnte kaum größer sein: Quer durch Europa haben die Särge von Lampedusa einen längst überfälligen Schrei des Entsetzens ausgelöst. Immer offenkundiger wird, dass der tausendfache Tod auf dem Meer oder in der Wüste unmittelbare Konsequenz der brutalen Migrationskontrolle an den EU-Außengrenzen ist. Um so bemerkenswerter, ja zynischer erscheint es, dass sich die europäische Politik bislang weitgehend uneindrückt zeigt – trotz des fast schon historisch anmutenden Stimmungswandels innerhalb beträchtlicher Teile des medialen Mainstreams. Die Toten spielen so gut wie keine Rolle, vielmehr wird unverändert die militärische Hochrüstung der Grenzen vorangetrieben – unter Federführung Deutschlands als dem eigentlichen Nutznießer der Festung Europa.

So hat Italien mit ausdrücklichem Verweis auf die jüngsten Bootstragödien begonnen, Libyen beim Ausbau seiner Südgrenze mitten in der Sahara logistisch und materiell zu unterstützen. Gleichzeitig ist geplant, um ein weiteres Beispiel zu nennen, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention verbotenen Rückschiebungen („Refoulements“) zu legalisieren. Das heißt, aus Seenot gerettete Flüchtlinge sollen zukünftig direkt in ihre Abfahrtsländer zurückgeschoben werden – ohne die Möglichkeit, einen Asylantrag stellen zu können.

Wie menschenverachtend das Kalkül des gezielten Sterbenlassens ist, zeigt die Situation im tunesischen Wüstenlager Choucha: 20.000 Kriegsflüchtlinge aus Libyen haben das Lager durchlaufen, 400 sind übrig geblieben, mehrheitlich aus Subsahara-Afrika. Davon wurden lediglich 135 vom UN-Flüchtlingskommissariat als Flüchtlinge anerkannt, 262 hingegen in zum Teil grotesken Verfahren abgelehnt. Alle eint, dass sie in Tunesien weitgehend der Entrechtung ausgesetzt sind, inklu-

sive massiver rassistischer Diskriminierung im Alltag. Vor diesem Hintergrund haben bereits zahlreiche Choucha-Flüchtlinge in den letzten zwei Jahren keine andere Möglichkeit als die Überfahrt per Boot gesehen, nicht wenige sind dabei ums Leben gekommen. Afrique-Europe-Interact fordert deshalb zusammen mit Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten, dass Deutschland die verbliebenen Choucha-Flüchtlinge im Rahmen seines Resettlementprogramms umgehend aufnehmen möge (→ S. 3 + 4).

Denn weitere Tote können und müssen verhindert werden – und das um so mehr, als den zuständigen Behörden Namen und Aufenthaltsort der Choucha-Flüchtlinge bekannt sind! Ähnlich die Situation der seit Monaten für ein Bleiberecht kämpfenden Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg, die Libyen ebenfalls 2011 verlassen mussten: Sie wurden zwar in Italien als Flüchtlinge anerkannt, haben dort jedoch – genauso wie die Choucha-Flüchtlinge in Tunesien – keine Chance auf Arbeit oder soziale Integration erhalten. Deshalb sind sie nach Hamburg weitergewandert, wo ihnen allerdings seitens der SPD-Regierung bis heute ein Bleiberecht durch eine Gruppenanerkennung als Kriegsflüchtlinge verweigert wird. Die Proteste in Choucha und Hamburg sind stellvertretende Beispiele, denn allortorts kämpfen Flüchtlinge für ihre Rechte. Sie machen damit einmal mehr deutlich, dass die Zeit der wohlfeilen Worte abgelaufen ist, gefragt sind stattdessen praktische Schritte – und zwar sofort:

→ **Entkriminalisierung der Fluchtwege**
Wer das Massensterben auf dem Meer beenden möchte, muss die Fluchtwege öffnen, also sicherstellen, dass Flüchtlinge ganz normal die ständig über das Mittelmeer pendelnden Passagierfähren benutzen können. Denn nur wer keine andere

Möglichkeit hat, steigt in die überladenen Boote der viel gescholtenen Schleuser. Gleiches gilt für die Wüste: Auch diese wäre sicher passierbar, wenn die Flüchtlinge nicht ständig gezwungen wären, wegen der im Auftrag der EU errichteten Kontrollposten gefährliche Umwege zu nehmen – so wie Ende Oktober, als 92 Menschen aus dem Niger auf grausame Weise in der Sahara verdurstet sind, darunter 52 Kinder. Zur Entkriminalisierung gehört zudem, dass FischerInnen und Seeleute nicht bestraft werden, wenn sie Bootsflüchtlinge aufnehmen und in den nächstgelegenen Hafen bringen, wie es das von der EU seit Jahren systematisch ausgehöhlt Seerecht eigentlich vorschreibt.

→ **Dublin II bzw. III abschaffen**
Die 2003 verabschiedete Dublin II-Verordnung besagt, dass Flüchtlinge in dem EU-Land ihr Asylverfahren durchlaufen müssen, das sie als erstes betreten haben. Da viele über den Land- oder Seeweg kommen (weil sie weder Pass noch Visa besitzen), sind das häufig Länder in Süd- oder Osteuropa. Einziger Haken: Dort landen Flüchtlinge auf der Straße oder im Gefängnis, Jobs sind wegen der Krise kaum noch verfügbar. Vor diesem Hintergrund werden weitergewanderte Flüchtlinge in Deutschland schon seit längerem nicht mehr nach Griechenland zurückgeschoben, aber auch Rückschiebungen nach Italien oder Ungarn werden von Verwaltungsgerichten zunehmend untersagt. Kurzum: Anstatt Flüchtlinge rechtlich an die südlichen Länder zu ketten, sollten sie dorthin gehen können, wo sie Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben und faire Asylverfahren haben,

dafür müssten gegebenenfalls Kosten innerhalb der einzelnen EU-Länder umverteilt werden.

→ **Entrechtung in Europa stoppen**
Die systematische Entrechtung und Diskriminierung von Flüchtlingen muss umgehend beendet werden, beispielhaft erwähnt seien für Deutschland Lagerunterbringung, Residenzpflicht und Arbeits- bzw. Ausbildungsverbote. Denn derartige Regelungen verstoßen nicht nur gegen den universell gültigen Gleichheitsgrundsatz und somit gegen die Menschenwürde, sie machen die Betroffenen auch physisch und psychisch krank.

→ **Falsche Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten**

und ArmutsmigrantInnen aufheben
Die Leute kommen aus unterschiedlichsten Gründen nach Europa, unter anderem weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden, ob durch Uranabbau, Ressourcenkriege oder verschuldungsbedingte Privatisierungen (→ S. 2). All dies ist Ergebnis politisch-ökonomischer Entscheidungen, etwa im Rahmen der „Economic Partnership Agreements“ (EPA) zwischen Europa und Afrika. Um so heuchlerischer ist es, wenn europäische PolitikerInnen immer wieder von der Notwendigkeit fabulieren, „Fluchtursachen“ zu bekämpfen. Erforderlich ist vielmehr, neokoloniale Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse offensiv in Frage zu stellen – wozu auch passt, dass afrikanische Basisbewegungen anlässlich des afrikaweiten Lampedusa-Gedenktags am 3. November vehement die Rolle ihrer korrupten, machtsüchtigen und undemokratischen Eliten an den Pranger gestellt haben.

Die Zeit der wohlfeilen Worte ist abgelaufen. Gefragt sind ab sofort praktische Schritte!

Am Abgrund

EU verharmlost massive Repression in Togo

Togo in den frühen 1990er Jahren: In allen Teilen des Landes erheben sich Menschen gegen die seit über 20 Jahren herrschende Diktatur unter dem Präsidenten Gnassingbé Eyadéma. Es geht um Demokratisierung, um politische Freiheit. Aber auch darum, dass sich für viele Menschen in Togo und in Westafrika die Lebensbedingungen in diesen Jahren drastisch verschlechtern: Infrastruktur wie die staatliche Eisenbahn wird kaputt privatisiert, wodurch zahlreiche Jobs im öffentlichen Sektor verloren gehen.

Die seitens der EU erzwungene Abwertung der Regionalwährung Franc CFA um 50 Prozent verschärft den wirtschaftlichen Niedergang und treibt die Preise nach oben. Zwar wird "Demokratisierung" – verstanden als Multi-Parteien-System nach westlichem Vorbild – von den Regierungen Europas und Nordamerikas für Togo und andere Diktaturen in Afrika gefordert, doch jenseits der temporären Aussetzung von Entwicklungshilfekrediten werden die sozialen Bewegungen kaum unterstützt. Derweil fordern tausende TogoeInnen auf der Straße den Sturz des Regimes. Staatsangestellte, ArbeiterInnen und kleine DienstleisterInnen treten im November 1993 in einen unbefristeten Generalstreik, der acht Monate dauert. Am Ende stehen formale Demokratisierungszugeständnisse, die Konsolidierung der Macht und die Niederschlagung der Widerstandsbewegung – unterstützt durch die Präsenz französischer Militärverbände.

Die Kämpfe der 1990er- und 2000er-Jahre enden für viele TogoesInnen mit erzwungenem Exil – mit Flucht nach Ghana oder Benin, und für einige bis nach Deutschland. Politisches Asyl erhalten indes nur die wenigsten – viele kämpfen als FlüchtlingsaktivistInnen jahrelang gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht. Einige schaffen es – ihre monatlichen Rücküberweisungen sind bis heute für unzählige Familien in Togo eine wichtige Existenzgrundlage, gerade in Zeiten, wo von der Regierung oder auch von staatlicher "Entwicklungs"hilfe wenig zu erwarten ist.

Für viele andere jedoch endet die Suche nach einem sicheren und besseren Leben in Deutschland mit der Abschiebung, und das in ein Land, wo nach wie vor die gleichen Seilschaften die Macht innehaben, wo viele nach wie vor nicht sicher sind und wo sich die wirtschaftliche Situation der

meisten Menschen in den letzten Jahren stetig verschlechtert hat.

Togo 2013: Die Regierung unter Faure Gnassingbé, Sohn des mittlerweile verstorbenen Ex-Diktators Eyadéma Gnassingbé, wird ein weiteres Mal wieder gewählt, seitens der EU wird attestiert, dass die Wahl im Großen und Ganzen korrekt verlaufen sei. Was in Europa kaum auf Interesse stößt: Der Wahlkampf ist begleitet von heftigen Protesten und sozialen Auseinandersetzungen. Immer wieder streiken ArbeiterInnen, Gesundheitsangestellte und LehrerInnen – gegen Unterbezahlung und dafür, überhaupt ihren Lohn zu erhalten. Es gibt Streiks und Protest an Schulen und Unis. Polizei und Armee reagieren wie gehabt mit Repression gegen soziale Bewegungen und gegen jene Teile der Opposition, die sich nicht von der Regierung vereinnahmen lassen. Demonstrationen und Streiks werden regelmäßig mit Tränengas auseinandergetrieben. Im April 2013 werden zwei Jugendliche bei SchülerInnenprotesten in Dapaong von der Polizei erschossen. Am 10. und 11. Januar brennen nacheinander die großen Märkte von Kara und Lomé nieder.

Über 30 AktivistInnen der überparteilichen Oppositionsplattform "Collectif Sauvons le Togo" (CST) werden wegen angeblicher Brandstiftung festgenommen und angeklagt; Etienne Yanakou von der Oppositionspartei ANC stirbt am 14. Mai 2013 im Gefängnis. Die Umstände legen nahe, dass die Marktbrände von Angehörigen der Armee und Personen aus dem Umfeld der Regierungspartei UNIR/RPT gelegt wurden – um die aktivsten Teile der Opposition zu kriminalisieren und zu zerschlagen, aber auch, um die Märkte als Basis der widerständigen Marktfraktionen zu zerstören und um beehrten innerstädtischen Raum für Immobiliengeschäfte frei zu machen. "Au pays, ca ne va pas – hier im Land ist nichts in Ordnung", lautet die Sicht vieler TogoeInnen zur Gesamtsituation. Von einer echten Demokratisierung, mit der unter anderem Deutschland die Wiederaufnahme der knapp zwei Jahrzehnte eingefrorenen Entwicklungszusammenarbeit begründet, kann also keine Rede sein. Viele sehen daher einzig in der Migration einen Ausweg. Teils nach Europa, vor allem aber in andere westafrikanische Länder, begleitet auch hier von Bootstragödien, etwa im März 2013, als über hundert Menschen im Golf von Guinea ertranken.



Falea: Ein Dorfbewohner berichtet, warum er bei Rockgate gearbeitet und dann gekündigt hat, März 2012 [Foto: Susanne Bohner/IPPNW]

Albtraum Uranabbau

Wachsender Widerstand gegen drohenden Uranabbau in Mali

Die Wahrheit kam nur scheinbar ans Licht: Bereits 1970 hat der französische Atomkonzern Areva – damals noch Cogema – in der Region Falea im äußersten Südwesten Malis Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen entdeckt. Im Jahre 2007 erhielt die kanadische Firma „Delta Exploration“ von der malischen Regierung eine Konzession für den Abbau dieser Rohstoffe – ein Recht, das sie kurz darauf an die ebenfalls in Kanada registrierte Firma „Rockgate Capital“ weiterverkaufte. Betroffen sind 21 Dörfer auf einem Hochplateau mit reichhaltigen Wasserressourcen und einzigartiger Biodiversität im Grenzgebiet zu Guinea und Senegal.

Zentrales Dilemma: Bei den Konzessionen handelt es sich um Geheimverträge, wie sie auch in der Goldförderung oder beim Ausverkauf fruchtbarer Acker- und Weidflächen (Stichwort: Landgrabbing) gang und gäbe sind. Konkreter: Die Dorfältesten bzw. die gewählten Gemeinderäte wurden entgegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht informiert, geschweige denn beteiligt. Ohne Rücksprache entstand 2008 direkt beim Gesundheitszentrum eine neue Flugpiste. Seither werden im Abstand von 200 Metern Gesteinsproben aus bis zu 300 Meter tiefen Bohrlöchern entnommen und einmal pro Woche zur Erstellung einer geologischen Kartographie nach Südafrika ausgeflogen. Ergebnis dieser Überrumpelungsstrategie war, dass sich die DorfbewohnerInnen buchstäblich zur Ahnungslosigkeit verdammt sahen. Und doch nahm die allgemeine Verunsicherung zu. Denn Tiere verendeten an nicht verschlossenen Bohrlöchern, aus denen uranhaltiges Wasser sickerte, schweres Gerät beschädigte heilige Orte und Kultstätten, später wurde sogar einer der Dorfbrunnen durch die für die Kernbohrungen verwendeten chemischen Präparate verunreinigt, mit der Konsequenz, dass Frischwasser eigens in einem Tankwagen herbeigeschafft werden musste.

Das ist der Grund, weshalb der bereits 2002 gegründete Dorfverein ARACF (Verein der Ehemaligen und FreundInnen der Gemeinde Falea) im Jahr 2010 einige seiner in der Hauptstadt Bamako lebenden Mitglieder um Unterstützung bat. Diese erlangten sodann durch Recherche auf der Webseite von Rockgate Capital erstmalig Kenntnis über den in Falea geplanten Uranabbau, stießen dabei jedoch auf einen weiteren, nicht minder beunruhigenden Sachverhalt: Außer dem Bergbauministerium wusste niemand in der Regierung Bescheid. Weder die Strahlenschutzbehörde noch das für die obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung zuständige Umweltministerium waren involviert. Eigenständige Recherchen waren insofern erforderlich, denn nur so konnte Gewiss-

heit über das tatsächlich drohende (Albtraum-)Szenario erzielt werden: Ab 2016 soll auf einer Fläche von mindestens 150 Quadratkilometern die Erde bis auf dreihundert Meter Tiefe abgetragen und durch gigantische Mühlwerke staubfein zermahlen werden – als Voraussetzung dafür, das Uran mittels Grundwasser und ätzenden Giften herauszufiltern zu können. Was das konkret bedeutet, ist aus dem Nachbarland Niger hinlänglich bekannt, wo Areva bereits seit über 40 Jahren Uran abbaut: Radioaktiv verseuchte Abraumhalden, Absenkung der Grundwasserspiegel und tödliche Gesundheitsgefahren durch den radioaktiven Staub.

Erwähnt sei daher, dass laut Greenpeace bereits ein einstündiger Aufenthalt auf offener Straße im nigrischen Arlit mit der von der Weltgesundheitsorganisation als zulässig erachteten Jahreshöchstdosis an Strahlenbelastung einhergeht. Besonders skandalös: Auch nach dem von großen Teilen der Bevölkerung ausdrücklich begrüßten Putsch gegen den langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Touré im April 2012 wurden freigiebig Konzessionen durch die von der EU und der Westafrikanischen Wirtschaftsunion installierte Übergangsregierung in Bamako erteilt. Eine Praxis, die verständlich machen dürfte, weshalb größere Teile der bislang tonangebenden politischen Klasse bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2013 eine schallende Ohrfeige erhalten haben.

Um so vielversprechender ist, dass der Widerstand gegen den in Falea geplanten Uranabbau seit 2010 erheblich an Schwung gewonnen hat, insbesondere durch die enge Kooperation zwischen dem ARACF und dem Europäischen BürgerInnenforum (EBF), von dem einzelne Mitglieder auch bei Afrique-Europe-Interact aktiv sind: Dank finanzieller Unterstützung – unter anderem durch die Stadt Genf – wurden eine radiologische Nullpunktstudie zur Messung des natürlichen Urangehalts realisiert, Schulungen organisiert, eine Satellitenschüssel für Telefon und Internet installiert und seit Juli 2011 ein lokales Radio in Betrieb genommen, das in vier Sprachen vielfältig informiert: Etwa über das malische Bodengesetz, die konkreten Mitspracherechte der BürgerInnen oder die nicht eingelösten Entwicklungsversprechen bei der Goldförderung. Im März 2012 organisierte der ARACF zudem in Kooperation mit den „ÄrztInnen gegen den Atomkrieg“ (IPPNW) und dem „uraniumnetwork“ eine internationale Konferenz in Bamako unter dem Titel „Uran, Gesundheit und Umwelt“. Ergebnis dieser und weiterer Bemühungen

war, dass der Widerstand immer breiter getragen wurde. So haben sich alle 12 Bürgermeister in der Region Falea schriftlich gegen den Uranabbau ausgesprochen. Denn die Menschen wissen mittlerweile um dessen ökologische, soziale und gesundheitliche Gefahren. Und somit auch um den Zynismus der beteiligten Firmen, die zwar ihre eigenen Arbeiter aus Europa bzw. Nordamerika umfassend geschützt, afrikanische Beschäftigte indes noch nicht einmal über die Strahlenbelastung an den Bohrlöchern unterrichtet haben. Vor diesem Hintergrund dürfte es auch kaum überraschen, dass sich die Regierung inzwischen gezwungen sieht, mit dem ARACF zusammenzuarbeiten, anstatt diesen – wie noch in den ersten Jahren – öffentlich zu diffamieren.

Seitens des ARACF werden aktuell zwei Strategien verfolgt: Zum einen die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Falea durch die gezielte Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, beispielsweise durch die ins Auge gefasste Anschaffung

Die Menschen wissen mittlerweile um die Gefahren

einer Spezialzentrifuge, die es erlauben würde, bei der handwerklichen Goldgewinnung auf den ökolo-

gisch und gesundheitlich hochgradig gefährlichen Einsatz von Quecksilber zu verzichten. Zum anderen die Durchführung wechselseitiger Delegationsreisen zwischen Falea und den Uranabbaugebieten im Niger. Auf diese Weise soll eine im Mai 2014 geplante Volksbefragung in Falea inhaltlich vorbereitet werden – ein Projekt, das rechtlich nicht bindend ist und daher um so mehr Wirkung entfalten dürfte, je größer die internationale Begleitung ausfällt.

Und doch: So beeindruckend, ja visionär das Kaleidoskop des Widerstands in Falea ist, erreicht wurde bislang wenig Handfestes. Denn spätestens in drei Jahren soll mit dem Abbau von Uran in Falea begonnen werden. Um so wichtiger ist eine weitere Stärkung des Widerstands, nicht zuletzt aus Europa. Denn mit der schrittweisen Umwandlung von Falea in eine unbewohnbare Mondlandschaft würden knapp 20.000 Menschen ihre Existenzgrundlagen verlieren und obendrein das Wassereinzugsgebiet des Senegalstroms empfindlich gestört werden. Konsequenz wäre, dass etliche der Vertriebenen die gefährliche Reise nach Europa antreten müssten. Ein Teufelskreis, der nicht zuletzt von der europäischen Rohstoff- und Migrationspolitik am Laufen gehalten wird – aller bigotten Nachdenklichkeit zum Trotz, wie sie nach den jüngsten Schiffsunglücken vor Lampedusa einmal mehr zu hören war.

Ob Mali, Togo oder Kongo: Der Kampf gegen neokoloniale Zerstörungen erfordert transnationale Organisationsprozesse von unten.

Kongo: Europas Verantwortung

Mehrere AktivistInnen aus dem Netzwerk Afrique-Europe-Interact (AEI) stammen aus der „Demokratischen Republik Kongo“. Sie mussten das Land aufgrund politischer Verfolgung oder im Zuge der Kongo-Kriege verlassen, die seit 1996 mindestens 6 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. AEI beschäftigt sich daher regelmäßig mit der historischen und gegenwärtigen Verantwortung Europas für die dramatische Situation im Kongo.

Konferenz: Auf Initiative von AEI soll Anfang 2015 in den Niederlanden eine Konferenz unter dem Titel „Ein Kongo ohne Waffen ist möglich“ stattfinden. Ziel ist es, BewegungsaktivistInnen aus dem Kongo mit solchen aus dem Exil zusammenzubringen. **Repression:** Kritiker der korrupten Oligarchie und der Mächtschaften transnationaler Konzerne wie der ebenfalls bei AEI aktive Journalist und Bauer Victor Nzuzi

Mbembe leben unter permanenter Bedrohung. Gegenwärtig droht ihm eine Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren, internationale Solidarität ist erforderlich. **Koloniale Schuld:** Das Kongo-becken gilt seit der Aufteilung Afrikas auf der Berliner „Kongo-Konferenz“ vor 129 Jahren als begehrteste Beute im Kampf um Afrikas Ressourcen. Der senegalesische Künstler Mansour Ciss Kanakassy hat daher das „Laboratoire Déberlinisation“ entwickelt. Wie Victor Nzuzi glaubt er, dass eine Lösung der heutigen Konflikte in Afrika und im Kongo nur über die Revision der Kolonialgrenzen und eine Anerkennung der historischen Schuld der Kolonialmächte führt. **Veröffentlichung:** Im Mai 2014 wird von dem AEI-Aktivist Emmanuel Mbolela ein Buch über seine Flucht aus dem Kongo erscheinen (→ Seite 3). **Videos & Infos** zu den genannten Themen befinden sich auf unserer Webseite.

Gedenken

Nicht nur für die Öffentlichkeit, auch für AktivistInnen waren die tausenden Toten an den EU-Außengrenzen lange meist namenlose Opfer der brutalen EU-Migrationspolitik, die Menschen gezielt sterben lässt. Nur in Ausnahmefällen haben die Toten einen Namen, ein Gesicht, eine Geschichte und somit auch ihre Würde zurückgehalten.

Dies hat sich grundlegend verändert, seitdem entlang der EU-Außengrenzen oder auch in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und MigrantInnen persönliche Kontakte und transnationale Netzwerke entstanden sind. Jetzt gibt es oft direkte Kontakte zu Überlebenden, die aus erster Hand berichten können – oder zu Verwandten und FreundInnen,

die nach ihren Lieben suchen und die von der jahrelangen Ungewissheit häufig zermürbt und traumatisiert sind. Insofern haben Gedenkkundgebungen in den letzten Jahren einen immer wichtigeren Stellenwert in unserer Politik erhalten, nicht nur bei Afrique-Europe-Interact.. So sind AktivistInnen von Welcome to Europe im Oktober 2013 auf die griechische Insel Lesbos gekommen, um in einer Zeremonie unter anderem dem namentlich bekannten Toten einer Bootstragödie im März 2013 zu gedenken.

Auf dieser Seite berichten AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact über ihre persönlichen Erfahrungen auf dem Weg nach Europa – und über Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben.

Melilla: Trauer um Bindi Zache

Ich bin jetzt zehn Jahre unterwegs, nicht zehn Wochen oder zehn Tage, nein, zehn Jahre dauert meine Reise schon. Und während dieses zehnjährigen Abenteuers habe ich Freude und Leid erlebt, Schreie und Weinen, Geburten und Tod. Aber diese Erfahrungen ermöglichen es mir auch, in Wort und Tat all jene zu verteidigen, die leiden und die auf dem Weg ihr Leben verloren haben.

Für mich ist Europa nicht das El Dorado, wie alle Welt glaubt, aber wenn „Bewegungsfreiheit“ ein Recht ist, dann muss es für alle gleichermaßen gelten, ohne Unterschied von „Hautfarbe“ oder sozialer Klasse, ganz gleich, ob es sich um kolonialisierte oder Kolonisatoren handelt. Ich habe auf allen möglichen und unmöglichen Wegen versucht, die Grenze nach Europa zu überwinden. Aber die Risiken sind unglaublich hoch: Mal sind es eigene Fehler, meist aber Hinterhalte, etwa durch die Grenzschutzagentur Frontex. Dabei kommt es immer wieder zu schweren Verletzungen und Toden. So zum Beispiel im Falle von Bindi Zache, den wir Papi nannten: Er starb – wie so viele – bei dem Versuch, den Grenzzaun nach Melilla zu überwinden.

Bindi Zache war ein junger Kameruner, der 2011 aufgebrochen ist. Er stammte aus einer armen Familie mit vier Kindern, er war der einzige Junge. Er hat während seiner Reise durch Nigeria, Benin, Burkina Faso, Mali und Algerien unzählige Schwierigkeiten überstanden, er hat sich mittels kleiner Jobs und Unterstützung von Freunden aus Europa durchgeschlagen. Er starb nach mehr als acht Monaten Aufenthalt im Wald, wo er sich wie viele andere Migranten auch von Müll und Bettelern ernährt hat. Er hatte bereits drei Versuche gemacht, beim vierten ist er durch die Gewalt der Grenzschilder ums Leben gekommen. Daraufhin haben wir alles in Bewegung gesetzt, damit Papi nicht wie die meisten der unbekannt bleibenden Toten an der Grenze in einem namenlosen Grab verscharrt würde.

Wir haben mit Hilfe unserer Mitstreiter in Europa eine Überführung und ein Begräbnis in Kamerun ermöglicht, so dass seine Familie um ihn trauern und sein Grab besuchen kann. Parallel zu der Überführung des Leichnams nach Kamerun wollten wir eine große Demonstration organisieren, eine Demonstration aller Migranten, die in den Wäldern um Nador leben. Wir wollten die Gewalt und die Misshandlungen denunzieren, denen wir alltäglich ausgesetzt sind und unsere Menschenrechte als Migranten einfordern. Alles war vorbereitet, wir hatten Transparente, Schilder mit Parolen und selbst T-Shirts mit Slogans waren gedruckt.

Aber diese Demonstration konnte nicht stattfinden, wieder einmal fand eine der großen Polizeirazzien statt. Viele Migranten wurden verwundet, unsere Zelte zerstört und eine große Zahl von uns wurde über Oujda nach Algerien abgeschoben. Gott hat diese Welt geschaffen, damit jeder dort leben kann, wo er sich am wohlsten fühlt. Migration ist ein Recht, das für uns alle gilt, egal, wer wir sind und woher wir kommen.

Der Autor stammt aus Kamerun, kurz nach Fertigstellung des Artikels ist er endlich in Europa angekommen.

Flucht durch die Wüste: Dem Tod nah

Am Freitag, acht Uhr abends, drängt uns der Fahrer, Hals über Kopf in der Wüste auszusteigen. Er zeigt uns in der Ferne einen Strommast, wir sollen in diese Richtung laufen, um nach Tamanrasset zu gelangen. Wir steigen rasch aus, denn die Fahrer fürchten die Polizei, die auf der Suche nach irregulären Migranten ist. Wir laufen los, wir kennen den Weg nicht, der Mast, den wir anfangs noch vor uns gesehen haben, liegt jetzt hinter uns.

Um kurz vor Mitternacht haben wir den Mast noch immer nicht erreicht. Wir sind müde und erschöpft. Einige kollabieren vor Durst oder Hunger. Es ist extrem kalt. Niemand wird uns in der Wüste zur Hilfe kommen. Einige Frauen fangen an zu weinen, aber niemand achtet auf sie. Plötzlich verspüre ich Lebensüberdross.

Ich habe mein Land verlassen, um mein Leben zu retten, jetzt laufe ich Gefahr, mein Leben in der Wüste zu verlieren. In meinem Land riskierte ich mein Leben für einen sinnvollen Zweck. Ich war drauf und dran, meinen Namen in den Geschichtsbüchern zu verewigen, betrauert von meiner Familie, meinen Freunden und Bekannten. In der Wüste aber spüre ich den Tod, der umherstreift und uns zu überwältigen droht. Wer wird meine Eltern informieren? Ich bin der einzige aus meiner Provinz. Das sind die Gedanken, die mich überfluten. Ich muss schluchzen. Ich denke, dass meine Eltern recht hatten, als sie diese Reiseroute ablehnten. Aber jetzt ist es zu spät, wir sind komplett verloren, ohne jede Orientierung. Der Mast ist zwar ständig sichtbar, aber nicht zu erreichen. Vor dem Start hat uns der Schlepper gesagt, dass man anhalten und sich ausruhen muss, wenn man sich in der Wüste verirrt hat. Einer ruft uns diese Verhaltensmaßregel in Erinnerung, doch niemand hört auf ihn, wir laufen einfach weiter. Nach einer weiteren Stunde ergreife ich das Wort und erinnere ebenfalls an den Rat des Schleppers. Diesmal hören die Leute zu, wir halten an – und endlich überwältigt uns der Schlaf, bis zum Morgengrauen.

Wir haben Glück: Der Schlepper aus Tizaouatine hat den Fahrer angerufen, der ihm bestätigt, dass er uns 21 Kilometer von der Stadt entfernt ausgesetzt hat. Er kontaktiert daraufhin seinen Kollegen in Tamanrasset, der ihm sagt, dass wir nicht angekommen seien. Ein Team von fünf Leuten wird losgeschickt, um uns zu suchen. Wie erblicken Menschen am Horizont, ich frage mich, ob sie sich ebenfalls verirrt haben oder ob sie zu unserer Hilfe kommen. Ein Wunder, sie kommen zu uns, sie kommen, um uns zu retten.

Emmanuel Mbolela wurde 1973 im Zentrum der Demokratischen Republik Kongo geboren. Er hat in seiner Heimat Ökonomie studiert, musste jedoch 2002 aus politischen Gründen das Land verlassen. Die Flucht führte ihn bis nach Marokko, wo er eine Organisation kongolesischer Papierloser mitbegründete. 2008 wurde er als politischer Flüchtling von den Niederlanden aufgenommen. Er lebt heute in Amsterdam. Im Mai 2014 wird im Mandelbaumverlag sein Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil“ erscheinen.



Gedenken: Tod nach zehn Jahren Flucht

1996 zu Beginn des ersten Kongokriegs war Gauthier Bandowa 18 Jahre alt und seine spätere Frau Bijoux Nzongo elf Jahre. Vor dem dritten Kongokrieg, der 2006 begann und bis heute andauert, gelang dem Paar die Flucht. Über ein Jahr brauchten sie, um auf dem Landweg nach Nordafrika zu gelangen. In Marokko wurde ihnen nicht Asyl gewährt, auf das sie als Kriegsflüchtlinge sicherlich ein Recht gehabt hätten. Dem Krieg entkommen, mussten sie sich stattdessen versteckt halten, denn Marokko spielt seine Rolle als Grenzwächter der EU vorbildlich. Kurz nach ihrer Ankunft in Rabat gebar Bijou ihr erstes Kind. Da war ihr Mann gerade bei einem rassistisch motivierten Überfall mit einem Messer im Gesicht verletzt worden. Seine – illegale – Behandlung organisierte eine örtliche Kirchengemeinde, genauso wie die – illegale – Geburt von Jennifer.

Es folgten Razzien in der Wohnung und Festnahmen auf der Straße, begleitet von der ständigen Angst vor einer Abschiebung in die algerische Sahara. Wie Tausende andere saß die junge Familie über Jahre in Marokko fest, mal in Rabat, mal in Casablanca und zuletzt in Tanger. Den Lebensunterhalt in dieser Situation zu bestreiten, ist fast unmöglich und noch schwieriger wird die Situation mit einem Kind.

Auch das Kind musste sich verstecken, an einen Platz in einer Schule war nicht zu denken, dies wird selbst Kindern von marokkanisch-kongolesischen Paaren verweigert. Das Leben gestaltete sich immer komplizierter, erst allein, dann mit Kind. Und nun kündigte sich Anfang des Jahres ein zweites Kind an. Während der gesamten Zeit sahen die Eltern viele Geflüchtete sterben: Wegen des fehlenden Zugangs zu medizinischer Versorgung, wegen rassistischer Überfälle, wegen des Zwanges, den Lebensunterhalt mit allen nur erdenklichen Mitteln zu bestreiten. Einige starben auch bei dem Versuch, den Grenzzaun von Melilla und Ceuta zu überwinden, die meisten ertrinken auf dem Weg nach Spanien, auf einer Strecke, für die die Fähre gerade mal eine Stunde und 15 Minuten braucht. Für Bijou und Gauthier war klar, dass sie diesen Weg nicht gehen würden, insbesondere aus Verantwortung für Jennifer. Es war klar, dass sie – wie schon ihr halbes Leben lang – alles darauf gesetzt hatten, ihr Überleben und das Überleben des Kindes zu sichern. Doch nach mehr als 10 Jahren des Lebens in Verstecken, mit der ständigen Angst vor Razzien und Abschiebung, mit dem Wissen, bald für zwei Kinder sorgen zu müssen und mit der schlichten Unmöglichkeit eines Weiter- und Überlebens in Nordafrika, blieb am Ende nur noch die Möglichkeit, ein Schlauchboot in Richtung Europa zu besteigen. Am 6. August 2013 fuhren sie in Tanger los. Ihre Körper sind bis heute nicht gefunden worden, aber Überlebende des Schiffbruchs haben vom Tod der Familie im Mittelmeer berichtet.

Der Bericht basiert auf einer Erzählung von zwei Freunden der Familie, die ebenfalls als Flüchtlinge in Marokko gelebt haben. Innerhalb unseres Netzwerks zeigten sich viele AktivistInnen schockiert und aufgewühlt (→ S.4).

Lager Choucha: Als „Sklave“ beschimpft

Fast sechs Monate sind vergangen, seit das Wüstenlager Choucha durch das UN-Flüchtlingskommissariat und die tunesischen Behörden offiziell geschlossen wurde. Die nicht-erkannten Flüchtlinge, die weiterhin in Choucha ausharren, erhalten seitdem keine Unterstützung mehr – ihr Leiden ist riesig. Mich selbst umtreibt die Sorge einer zweiten Lampedusakatastrophe, so wie im Oktober, als 360 subsaharische Flüchtlinge auf einen Schlag ihr Leben verloren haben. Denn die aktuelle Situation im Lager ist schrecklich. Die jungen Leute sind wild entschlossen, das Mittelmeer zu überqueren. Sie meinen, dass dies ihre einzige Chance sei – ob erfolgreich oder nicht, auf jeden Fall besser, als zu bleiben und mit Kindern, alten Männern und Kranken bei Auto- und Lastwagenfahrern an der Straße von Libyen nach Tunesien zu betteln. „Wie Sklaven sehen wir aus“, sagen sie.

Die ganze Nacht mussten sie für gerade mal 30 Tunesische Dinar Lastwagen beladen, während die tunesischen Leute die gleiche Summe in gerade mal drei Stunden verdienen würden. „Wir sind mit allen nur erdenklichen Diskriminierungen, Beleidigungen und Ausgrenzungen konfrontiert. Wir werden sogar mit dem arabischen Wort für Sklave bedacht“. Auch ich habe das erlebt, als Kinder Steine auf mich warfen und mich als Sklave beschimpften.

Selbst anerkannte Flüchtlinge weigerten sich, in der Stadt zu bleiben und kehrten nach Choucha zurück. Sie meinten, es sei besser, im Lager zu bleiben und über das Mittelmeer zu fahren, als sich von Tunesiern immer wieder beleidigen zu lassen.

So heißt es, „wir seien dreckig, wir dürften uns nicht unter die Araber begeben, nicht in die gleichen Krankenhäuser gehen, denn als Afrikaner hätten wir ansteckende Krankheiten, insbesondere Aids“. Das ist der Grund, weshalb Anfang Oktober viele der abgelehnten, aber auch viele der anerkannten Flüchtlinge versucht haben, das Meer zu überqueren.

Aber nicht alle waren erfolgreich. Drei meiner Freunde aus dem Tschad wurden auf einem Schiff verhaftet, sodann geschlagen und von der libyschen Marine ins Gefängnis geworfen. Sie sind noch sehr jung, mussten aus dem Tschad nach Libyen flüchten. Einige ihrer Verwandten sind bereits tot, andere waren ebenfalls in Choucha. Von zweien fehlt bislang jede Spur, wir wissen nicht, ob sie noch leben. Die in Choucha Verbliebenen sagen unumwunden, dass sie jederzeit bereit seien, ein Boot zu besteigen, sobald sie das notwendige Geld verdient hätten.

Ich appelliere an die deutsche Regierung, für diese Menschen eine andere Lösung zu finden. Denn es handelt sich um Opfer des Bürger- und Natokriegs in Libyen.

Emmanuel Gatoni (43) ist Bauer und Lehrer. 1998 floh er das erste Mal aus dem Osten Kongsos, 2007 musste er das Land endgültig verlassen. Er hat über drei Jahre im Sudan bzw. dafür gelebt, anschließend in Libyen, von wo er 2011 in das Lager Choucha gekommen ist. 2012 konnte er als anerkannter UNHCR-Flüchtling nach Deutschland ausreisen. Emmanuel Gatoni ist verwitwet und Vater von sechs Kindern. Heute lebt er in Berlin.

Bilder

1: Im Sommer 2012 haben sich mehrere Dutzend AktivistInnen im Rahmen des Projekts Boats4People zu einer Reise von Italien nach Tunesien aufgemacht. Bei einer Gedenkkundgebung am 5. Juli in Palermo wurde auch eine Liste mit den Namen von 20.000 Toten der Festung Europa ausgerollt. Die Reise ist auf unserer Webseite dokumentiert. *[Foto: Leona Goldstein]*

2: Während einer Gedenkkundgebung am 5. Juli berichtet Emmanuel Mbolela (→ Text links) von dem Tod einer kongolesischen Mitstreiterin in Marokko. *[Foto: Leona Goldstein]*

3: Während der Bamako-Dakar-Karwane Anfang 2011 erinnerte Afrique-Europe-Interact bei einer Gedenkkdemo in Niono nahe der malisch-mauretanischen Grenze an die Toten der Festung Europa *[Foto: Leona Goldstein]*

4: Jennifer ist am 6. August 2013 im Meer zwischen Marokko und Spanien ertrunken (→ Text rechts & Debatte S. 4). Diese Zeitung ist ihr und ihren Eltern gewidmet. *[Foto: Dominique Satso]*

5: Angehörige von vermissten Bootsflüchtlingen während einer Demo beim Weltsozialforum im März 2013 in Tunis. *[Foto: Leona Goldstein]*

„Soll Afrika wie Europa werden?“

Streitgespräch zu Migration und Entwicklung

NoLager Bremen: Dominique, bei unserer letzten Versammlung hast du von deinen Erfahrungen in Marokko und auf dem Meer erzählt, aber auch vom tragischen Tod einer eng mit dir befreundeten Familie aus dem Kongo (→ S. 3). Viele waren berührt, aber es ist auch eine Debatte über Sinn und Unsinn von Migration entbrannt, vor allem von Dir angestoßen, Moussa. Wie ist es Euch anschließend ergangen?

Dominique Sotso: Es war sehr schwierig, von ihrem Tod zu berichten, ich war eng mit ihnen befreundet. Doch ihr Tod ist eines dieser kleinen Beispiele, um besser zu verstehen, warum Menschen die Möglichkeit in Kauf nehmen zu sterben.

Moussa Ouedraogo: Auf dem Treffen hat mich diese Geschichte sehr bewegt und es ging mir sehr schlecht damit. Ich frage mich, wer nimmt dieses unnütze verlorene Leben jetzt überhaupt noch wichtig?

D.S. Ich kann diesen Blick nicht teilen. Diese kongolesische Familie versuchte wirklich, vor harten Auseinandersetzungen in ihrer Heimat zu fliehen, und auf dem Weg wurde es sogar noch schlimmer. Als Migrant bekommst du dann dieses Gefühl, den Film beenden zu wollen, dieses Adrenalin, das in einem hochsteigt, man ist dann bereit, alles hinzunehmen, auch den Tod.

M.U. Ich möchte sie nicht anklagen, nur dieses ganze Leben, was vor ihnen lag – ich musste wirklich sehr weinen! Und dieses 8-jährige Mädchen, sie hätte noch Großmutter werden können! Ja, die Leute fliehen vor Krieg, aber ich halte die Armut in Afrika für die stärkste Ursache von Migration, sei es in Burkina, Kamerun oder wo auch immer, das ist unsere größte Herausforderung.

D.S. In Kamerun ist die Lage auch politisch sehr kritisch. Ich habe drei Jahre katholische Theologie studiert, aber die Politik hat sich gegen die Studierenden und auch alle anderen gerichtet – es ist eine Art unsichtbarer Krieg. Wir haben mit Demonstrationen angefangen und 2009, nach einem großen Aufstand in der Bevölkerung, kamen wir ins Blickfeld der Regierung. Viele meiner Freunde wurden festgenommen und sind bis heute im Knast! Ich musste gehen.

M.U. Eine Frage: Seit Du angekommen bist, hat dir das Kraft und Hoffnung gegeben?

D.S. All das, was ich durchmachen musste, auch unter Einsatz meines Lebens, das hat sich gelohnt: Ich bin in Europa. Es ist nicht das Paradies, aber besser als in Afrika. Mal umgekehrt gefragt, was hättest du denn dieser Familie vorgeschlagen?

M.U. Nach meinen Idealen und meiner Verantwortung als Mensch und Afrikaner hätte ich sie nicht ermutigt, das Boot zu besteigen. Ich finde vielmehr, dass wir in Afrika für eine bessere Zukunft der Afrikaner kämpfen sollten.

D.S. Das ist eine schöne Idee, aber keine gute Idee, es ist ziemlich abgehoben. Ein junger Mensch, der weggeht, gibt den Kampf nicht auf. Der überlegt sich ganz genau, was ihn erwartet, vor allem, wenn im eigenen Land das völlige Scheitern droht.

M.U. Ich hatte nicht die Chance, zur Schule zu gehen, ich sprach kein Französisch und fing sehr früh an zu arbeiten. Aber ich habe immer nach etwas Besserem gesucht. Ich komme aus einer sehr armen Familie, von elf Kindern sind sieben verstorben, aber das hat mich nicht davon abgehalten, etwas für meine eigenen fünf Kinder zu tun. Und nicht nur für sie – ich wollte etwas für alle Afrikaner tun. Ich habe schon sehr früh angefangen, mich in Vereinen zu organisieren.

D.S. Es stimmt, dass wir die Verantwortung teilen müssen für das, was auf afrikanischem Boden passiert, aber wir wissen ja alle, das es an der schlechten Regierungsführung liegt und wir durch die Vormachtstellung von Europa behindert werden.

M.U. Ja, wir werden auf verschiedene Weise unterdrückt in Afrika, aber sind wir ein bisschen ehrlich mit uns selbst: Was mache ich persönlich gegen diese Unterdrückung? Das ist auch sehr wichtig.

D.S. Ich möchte nur illustrieren, dass Europa, wenn auch auf unterschiedliche Weise, Afrika seit der Sklaverei unterdrückt und seine Reichtümer wegnimmt, die menschlichen und die materiellen. Wer bestimmt denn über den westafrikanischen Franc? Die französische Nationalbank für Entwicklung!

M.U. Richtig, aber soll Afrika wie Europa werden? Nein, es muss darüber hinausgehen! Wir sollten erstmal unsere eigenen Werte, Hintergründe und Möglichkeiten wertschätzen! Unsere Armut ist in Wirklichkeit nicht materiell, sie liegt in der Mentalität. Wollen wir weiterhin wie Arme behandelt werden, die aus ihrem sehr reichen Kontinent fliehen?

D.S. Ja, wir haben großartige Werte in Afrika, die von den Afrikanern selber weiterentwickelt werden müssen. Wir haben andere Herangehensweisen als die Leute in Europa, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass ein afrikanischer Migrant in Europa ein Instrument von Entwicklung in Afrika ist.

M.U. Jeder kann Akteur von Entwicklung sein, selbst wenn er oder sie bei sich zu Hause bleibt, oder auch als Analphabet. In meiner politischen Arbeit in Burkina geschieht das mit Sensibilisierung. Es ist notwendig, dass alle auf dasselbe Niveau kommen. Die Leute müssen Bescheid wissen über ihre Rechte, aber auch über ihre Verantwortung gegenüber der Gesell-

schaft. In diesem Kontext ist Migration ein großes Problem, auch wenn die jungen Leute meistens innerhalb Afrikas migrieren.

D.S. Es stimmt zwar, dass die Migration die Fehler der heutigen Zeit verschlimmert, aber wenn Europa aufhören würde, uns auszubenten und es ein Gleichgewicht auf dem internationalen Markt gäbe, bei Exporten von afrikanischen Waren nach Europa, bei Devisen etc., dann könnten Fabriken, Firmen und Arbeitsplätze geschaffen werden und die jungen Leute müssten nicht mehr migrieren. Aber das passiert nicht, somit bleibt nur die Migration als Lösung – wie es auch bei meinem Bruder war, der seit 7 Jahren in Paris lebt. Er hat seine Papiere, er kann seine Familie ernähren und er kann sich in Kamerun politisch betätigen. Wenn er dort geblieben wäre mit seiner schlecht bezahlten Arbeit, hätte er sich dann Gehör verschaffen können? Nein. Jetzt hat er die Mittel dazu.

M.U. Das gibt doch zu denken! Wäre er in Kamerun geblieben mit seinen afrikanischen Werten und hätte dort seine ehrbare, aber unzureichende Arbeit verfolgt, niemand hätte ihn respektiert. Aber jetzt, wo er einen Platz an der Sonne in Europa gefunden hat und mit Geld nach Kamerun zurückkehrt, jetzt hören ihm die Leute zu. Dabei ist er immer noch dieselbe Person! Deswegen fordere ich Respekt, nicht dafür, was ich habe, sondern dafür, was ich bin.

D.S. Ja, es sollte immer so sein, wie du gerade gesagt hast, aber du weißt auch, die Wirklichkeit ist anders. Nach dem, was ich nun von dir gehört habe, meinst du wohl auch, dass ich nach Kamerun zurückkehren sollte. Das würde doch heißen, dass diese beschwerlichen vier Jahre umsonst gewesen wären, psychologisch gesehen?

M.U. Ich schätze deine Anstrengungen sehr, du hast gekämpft für dein Ziel und es erreicht, Gott sei Dank. Meine Kritik bedeutet nicht, dass ich nicht stolz auf dich wäre. Aber ich will dir verständlich machen, dass ein wirklicher Kampf vor dir liegt – und auch vor mir. Wenn ich hier in Europa bin und mein Wirken in Afrika würde sich nur noch auf meine Familie und meine Freunde beziehen, dann weiß ich, dass ich diesen Kampf nicht gewinnen könnte. Deswegen werde ich nach Afrika zurückkehren.

D.S. Ich bin weggegangen, nachdem ich alles für mein Land getan habe. Aber ich werde alles tun, um meinen Kampf für Veränderung hier weiterzuführen – vor allem im Austausch mit meinen Freunden in Afrika und Europa.

Dominique Sotso (27) ist erst seit kurzem in Deutschland. Moussa Ouedraogo (39) ist nach einem Besuch länger in Deutschland geblieben, kehrt aber demnächst nach Burkina Faso zurück.



Junge AktivistInnen in einem Jugendclub in Sokodé bei einer Veranstaltung der Assoziation der Abgeschobenen Togos, Mai 2013 [Foto: Aylin Basaran]



Demo anlässlich des Weltsocialforums in Tunis in Tunesien, März 2013 [Foto: Leona Goldstein]



Demo mit 15.000 Menschen zur Unterstützung des Bleiberechtskampfes der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg, November 2013 [Foto: Umbruch Bildarchiv]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen u.a. in Mali, Burkina Faso, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden – AEI kooperiert deshalb auch mit bäuerlichen Communities in Mali. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

E-MAIL: nolagerbremen@yahoo.de
Wien: aei-wien@gmx.net
Mali: expulsesmalienbasta@yahoo.fr

TELEFON: +49 (0) 15 78 / 4 85 29 21

CHOUCHA-KAMPAGNE

Das UNHCR hat das tunesische Wüstenlager Choucha Ende Juni geschlossen. Die noch verbliebenen 400 Kriegsflüchtlinge aus Libyen stehen seitdem ohne Wasser-, Strom-, Nahrungs- und medizinische Versorgung da. Sowohl abgelehnte als auch anerkannte Flüchtlinge lehnen die sog. „lokale Integration“ ab. Denn in Tunesien sind sie weitgehender Entrechtung und regelmäßigen rassistischen Übergriffen ausgesetzt (→ S. 3). Stattdessen fordern sie eine Aufnahme in sichere Drittländer (samt Wiederaufnahme der Verfahren von denjenigen, die nicht als UNHCR-Flüchtlinge anerkannt wurden). Afrique-Europe-Interact hat daher anlässlich der Innenministerkonferenz in Osnabrück (04. bis 06.2013) mit den Landesflüchtlingsräten eine Fax-Kampagne gestartet. Zudem werden bei der Innenministerkonferenz Aktionen unter Beteiligung ehemaliger Choucha-Flüchtlinge stattfinden. Besonders dringlich möchten wir bitten, sich an der Fax-Kampagne zu beteiligen – ein Musterprotestbrief und Fax-Adressen finden sich auf unserer Webseite. Siehe auch www.chouchaprotest.noblogs.org

FILM-TIP: „DA.SEIN“

Im Mittelpunkt des Dokumentarfilms **Da.Sein** (Aylin Basaran und Hans-Georg Eberl/September 2013) stehen die Schicksale von Menschen, die „da“ gelebt haben und abgeschoben wurden. Ihre Geschichten werden in Dialog gesetzt mit denen von Freund:innen und Angehörigen, die „da“ geblieben sind. Da.Sein spielt u.a. in Sokodé (Togo), Lagos (Nigeria), Wien und Hamburg. **Aufführungstermine und Infos zum Film auf unserer Webseite.**

IMPRESSUM

Hrsg. Afrique-Europe-Interact // Bilder A. Basaran, S. Bohner, L. Goldstein, Umbruch Bildarchiv, D. Sotso, A. Vecchi // Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu // Gestaltung L. Maikowski, www.bildargumente.de // V.i.S.d.P. Olaf Bernau, St. Pauli-Str. 10-12, 28201 Bremen // Mit Unterstützung von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine alltägliche (ausschließlich ehrenamtliche) Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele BasisaktivistInnen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten im Bereich Landgrabbing – inklusive Vernetzungsbemühungen zwischen AktivistInnen in Bamako, Falea und im Office du Niger (→ S. 2); **zweitens** für eine Veranstaltungsreise innerhalb Togos, auf der die Assoziation der Abgeschobenen Togos den Film Da.Sein (→ Box links) vorführen wird; **drittens** für migrationsbezogene Aktivitäten in Tunesien und Deutschland (u.a. Choucha-Kampagne) und **viertens** für die Unterstützung von Basisinitiativen in Mali (genaue Infos auf unserer Webseite)

Spenden sind steuerlich absetzbar! SpenderInnen erhalten als Dankeschön jeweils unsere neuesten Druckerzeugnisse bzw. Film-DVDs per Post zugeschickt (bitte Adresse nicht vergessen).

Unsere Kontoverbindung: Globale Gerechtigkeit e.V.
Kontonummer 2 032 237 300
Bank GLS Gemeinschaftsbank
BLZ 430 609 67
IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00
BIC GENODEM1GLS
Oder online per Lastschriftinzug